

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Sonnabend den 26. Mai 1894.

Anzeigen-Preis

Die 6gepaltenen Zeitzeile 20 Hg. Reclamen unter dem Rubricationszeichen (49-...)

Extra-Beilagen (gratis), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postlieferung 4 80.-, mit Postlieferung 4 70.-.

Annahmefrist für Anzeigen: Abend-Ausgabe: Sonntags 10 Uhr. Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.

Druck und Verlag von G. F. Schöke

88. Jahrgang.

Bezugs-Preis

In der Hauptredaktion oder bei im Stadtbezirk und den Bezirken anstehenden Ausgabestellen abgeholt: Vierteljährlich 4 50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich 1/2 Uhr, die Abend-Ausgabe Donnerstags 6 Uhr.

Redaktion und Expedition: Johanneßgasse 8.

Die Expedition ist Hochachtungsvoll anzuschreiben, gefälligst von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:

Etwa Hermann's Courtin. (Hilfrod Oden), Universitätsstraße 1, Leipsig.

Nr. 264.

Bur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen Sonntag, den 27. Mai, Vormittags nur bis 1/2 9 Uhr geöffnet.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Auslosung Leipziger Stadtkapitalien betr. Die Auslosung von 14 400 A Capital der Klasse vom 2. Januar 1893.

Bekanntmachung.

Wegen Abhaltung eines Festes. Die Festkommission hat beschlossen, die Abhaltung des Festes am 28. dieses Monats ab auf die Dauer der Abreise für allen Fahrverkehr gesperrt.

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Wasserarbeiten. In ihrer Ausführung von der Allee bis zur Vorderen Straße vom Montag, den 28. dieses Monats, ab auf die Dauer der Arbeiten für allen Fahrverkehr gesperrt.

Erläutert.

Es ist unsere Bekanntmachung vom 7. März 1894, den Postboten Franz Robert Gumbel betreffend. Leipzig, am 23. Mai 1894.

Der städtische Lagerhof in Leipzig.

logiert Waren aller Art in billigen Tariffen. Die Lagerhöfe werden von den meisten Geschäftshäusern benützt. Leipzig, den 26. April 1894.

Warum muß Deutschland an Samoa festhalten?

Wie bereits kurz berichtet wurde, hielt am Donnerstag Abend der Leipziger Centralverein für Handelsgeographie und Colonialpolitik in Gemeinschaft mit dem Allgemeinen deutschen Verbande vor einer hochinteressanten Versammlung im Saale des Kaufmännischen Vereinshauses eine Sitzung ab, die einen höchst anregenden Verlauf nahm.

Wegen 9 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Herr Reichstagsabgeordneter Professor Dr. Haffke, die Versammlung, indem er den Mitgliedern beider genannter Vereinigungen und Gästen den Willkommensgruß entbot. Sodann wies der Redner auf die Wichtigkeit des Vertrags-Objekts hin. Schon vor zehn und mehr Jahren habe sich der Centralverein für Handelsgeographie und Colonialpolitik zu Leipzig mit der Samoa-Angelegenheit befaßt, ohne daß es zu praktischen Schritten gekommen wäre.

Samoa, dessen Name neuerdings in den Vordergrund getreten ist, kann als Scherzgenosse deutscher Machtentfaltung in überseeischen Colonien bezeichnet werden. Der erste Kontakt, Samoa fest mit dem Interesse des Deutschen Reiches zu verknüpfen, misslang. Viele Reichstagsabgeordnete waren damals, als Fürst Bismarck im Jahre 1881 die Samoa-Vorlage einbrachte, über die Bedeutung der Frage gar nicht orientiert, und so hatte Herr Dr. Bambergler dieses Spiel, dem Kaiser eine Niederlage zu bereiten.

Samoa-Vorlage damals angenommen worden wäre! Man sollte nun meinen, daß dieses Rechenexempel den Gegnern unangenehm sein würde, aber leider mecht man davon wenig, denn selbst in Zeitungen, wie die 'Vossische', wird die Ausantwortung Samoas an England befürwortet.

Drei Fragen sind es nun, die in dieser Angelegenheit aufgeworfen werden müssen, nämlich: Welchen Wert hat Samoa für Deutschland, welche Ansprüche kann es auf dasselbe erheben und auf welchem Wege sind diese durchzusetzen? Bezüglich der Werthschätzung Samoas ist in erster Linie darauf hinzuweisen, daß Deutschland mit 3-4 Millionen Mark, d. h. zu vier Fünfteln, am Handel Samoas beteiligt ist. Die Amerikaner lieben es zwar, eine andere Statistik aufzustellen, indem sie ihre großen Dampfer, die Samoa anlaufen und dort einige Stunden bleiben, mit ihrem ganzen Tonneninhalt in Rechnung stellen. Waghalsig ist jedoch, wie auf der Hand liegt, nur der Handelsverkehrsverkehr, und in diesem steht Deutschland den anderen Nationen weit voraus.

In deutschem Besitze befindet sich ferner nicht nur der größte, sondern auch, was noch mehr sagen will, der werthvollste Theil des Landes, im Ganzen ungefähr 50 000 Hektar. Die deutschen Pflanzungen umfassen etwa 3500 ha und sind durch ihre Cocopalmen und den Baumwollenertrag äußerst ergiebig. Das Pflanzensystem, welches Samoa mit seinen Anlagen, seinem Hafen, seinen Wasserkräften etc. bietet, ist ein entzückendes, und wer es je gesehen, der wird sich nie mit dem Gedanken befremden können, die Inseln an das Ausland auszuliefern. Es ist ein wunderbares Glück, so mitten im Weltmeere ein Stück deutschen Lebens anzutreffen. Namentlich im Hafenort Apia, in dem eine rege Thätigkeit herrscht, ist der Grundton deutsch, namentlich in den Wirtschaftscirculen, aus denen uns oft ein deutsches Lied entgegenhallt. Aber auch die Gesellschaft wird nicht vernachlässigt, wie durch die Errichtung einer deutschen Schule, zu welcher auch der 'Allg. Deutsche Verband' Mittel beisteuert, bewiesen ist. Daß sich auf Samoa trotzdem die Engländer stärker vernehmen, als die Deutschen, ist bei der Nähe der englischen Colonien nicht zu verwundern. In der Qualität hat jedoch der Deutsche das Uebergewicht behalten, was schon daraus hervorgeht, daß drei Fünftel der Steuern von den Deutschen getragen werden.

Kreuzlich beachtenswert ist nun der wirtschaftliche Steigerungswert der Inseln. Man kann annehmen, daß die wirtschaftliche Kraft Samoas erst zum 50. Theil entfaltet sei. Dabei ist die Intelligenz und die Culturfähigkeit der Bewohner bedeutend, und vier Fünftel derselben sind des Lesens und Schreibens kundig. Wenn wir nun einen Blick auf die benachbarten Südsee-Inseln werfen, deren Handel sich gegen früher verflüchtigt hat, und wenn wir die großen Fortschritte und die absolut geordneten Zustände auf den Tonga-Inseln sehen, so braucht man keineswegs ein Colonialschwärmer zu sein, um die Erwerbung der Samoa-Inseln für Deutschland zu wünschen. Gilt es doch die Kupferindustrie eines bereits wirtschaftlich vorhandenen Schatzes. Freilich kommt, daß die Amerikaner kaum irgend welche Ausgaben verursachen wird, wenn die Kosten der Verwaltung wird das Land mit Reichthümern selbst tragen können und zwar um so leichter, weil der Handel sich nach dem Aufblühen der Triumviratswirtschaft bedeutend heben dürfte. Eine große maritime Wichtigkeit ist endlich auch den Inseln als einem Hauptglied in der Kette der deutschen Handelsbeziehungen beizumessen und diese Bedeutung dürfte sich nach dem schließlich doch erfolgten Durchbruch der Landenge von Panama noch um Vieles erhöhen.

Was die Ansprüche Deutschlands an Samoa betrifft, so ergeben sich diese schon aus dem dargelegten Uebergewicht der deutschen Interessen. Allein auch vom historischen Standpunkte aus sind dieselben völlig berechtigt. Die Cultur Samoas wurde vor 40 Jahren durch die weitläufigen Unternehmungen des Hamburger Hauses Godefray begründet. Von den Deutschen, die dort gewirkt, hat besonders der nun verstorbene Theodor Weber sich einen unvergänglichen Namen gemacht. Der deutsche Kaufmann hat auf Samoa eine große civilisatorische Arbeit vollbracht und mit Stolz können wir uns dort Deutsche nennen. Dieser Vorzug Deutschlands wird selbst von den objectiv denkenden Angehörigen anderer Nationen anerkannt, und auch der frühere englische Gouverneur der Südsee-Inseln hat dem Vortragenden gegenüber einst geäußert, daß Samoa den Deutschen zustehe.

Wenn wir nun eine Lösung der Frage in deutschem Interesse herbeiführen wollen, so werden wir allerdings zunächst mit der vorhandenen Sachlage rechnen müssen, vor Allem mit der unglücklichen Samoa-Akte von 1890. Daß diese in neuen Verwicklungen führen würde, war voranzusetzen. Zwar ist, wie die Plantagen-Gesellschaft in ihrem Berichte sagt, das persönliche Verhältnis unter den Angehörigen der drei Nationen seit der ausgesprochenen Reichsberechnung ein besseres geworden. Dafür aber ist der Staatsbankrott in Permanenz vorhanden, und unter diesem Verhältnis leidet der Handel ganz außerordentlich. Um nun eine Einigung mit Amerika herbeizuführen, ist es am gerathensten, die Hawaii-Angelegenheit in die Frage hereinziehen. In Amerika ist man neuerdings sehr samoa-müde geworden. Bietet man Amerika die Herrschaft über Samoa, so dürfte es uns auf Samoa freie Hand lassen. Schwieriger ist es, sich mit England auseinanderzusetzen. England läßt sehr schwer irgend einen Vorschlag abgeben, und wollen wir ihm eine Compensation bieten, so könne das nur durch die Tonga-Inseln geschehen, deren Unabhängigkeit formell garantiert sei und die man den Engländern als Ersatz für ihre Ansprüche aus der Samoa-Akte als Bestätigung einräumen müßte. Demasi den Amerikanern, Tonga den Engländern und Samoa den Deutschen - das ist der Verhandlungsplan, der einer Einigung sehr wohl zur Grundlage dienen könnte.

Wer - so schloß Herr Truppel seine hochinteressanten und spannenden Ausführungen ab - die erdrückende Macht der englischen Weltwirtschaft in der Nähe gesehen, der wird hohe Achtung vor ihr empfangen und die unsrige gewiß nicht überschätzen. Aber gerade diese Erkenntnis muß uns um so mehr darin bestärken, daß wir mit allen Kräften festhalten müssen an jedem Punkte, den uns deutsche Vorräte erobert haben. So auch an Samoa! (Verbalter allseitiger Beifall.)

Mit warmen Worten dankte der Vorsitzende, Herr Reichstagsabgeordneter Prof. Dr. Haffke, dem Vortragenden und ging sodann noch auf die politische Sachlage ein, die durch die Samoa-Akte geschaffen ist. England verjagt sich hinter die Ansprüche der australischen Colonien. Das sei nicht Neues und schon in Afrika geschehen. Aber der Fehler in den Colonien habe sich sehr abgelebt und auf dem vom Vortragenden vorgeschlagenen Wege werde sich bei einem einigermaßen guten Willen wohl eine Lösung der Frage in deutschem Interesse ermöglichen lassen. Ob nun dieser gute Wille vorhanden sei? Wohlthätiger Weise sei an maßgebender Stelle, vom Kaiser selbst, ausgesprochen worden, daß man in der Samoa-Frage nicht zurücktreten werde. Aber trotzdem sei es gerathen, mit Entschiedenheit die Bewegung für Erwerbung der Inseln zu unterstützen, weil in England überhaupt werde, daß man sich in Deutschland nicht für die Angelegenheit interessire. Herr Prof. Haffke, der bereits im Eingange seiner Ausführungen eine von ihm entworfenen Resolution bezüglich der Samoa-Frage vorgelesen hatte, erörterte darauf die von den Ortgruppen für und gegen die Resolution in den deutschen Reichstagen. In dem von ihm entworfenen Resolution hatte der Tonga-Inseln geordert wird. Weiteres sei von dem Standpunkte aus, daß man viel verlangen müsse, um etwas zu erhalten, zu beurtheilen. Mit dem Hinweis, daß das deutsche Selbstbewußtsein in der letzten Zeit wenig Entschloß zu vergleichen gehabt habe und daß deshalb seine Stärkung um so wichtiger sei, schloß Herr Prof. Dr. Haffke seine sehr beifällig aufgenommenen Darlegungen.

Die vorgeschlagene Resolution hatte folgenden Wortlaut: Die gemeinsame Vereinfachung der Verhältnisse von Samoa durch Deutschland, England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika, wie sie durch die Samoa-Akte vom 14. Juni 1890 herbeigeführt worden ist, ist für Samoa selbst und für die dort vorwiegenden deutschen Interessen in gleichem Maße nachtheilig gewesen. Wir sind überzeugt, daß die Samoa-Akte überhaupt unangenehm ist, geradete Zustände auf den Samoa-Inseln herbeizuführen und halten die Herstellung eines ausschließlich deutschen Regiments auf Samoa für das alleinige Mittel, die umfangreichen deutschen Handels- und Plantageninteressen vor ferneren empfindlichen Schädigungen zu bewahren. Nach dem Wunsche der für Deutschland nachtheiligen Verträge mit England und Frankreich über die Abgrenzung unserer Schutzgebiete in Ost- und Westafrika würden wir eine Preisgebung der deutschen Rechte und Interessen auch in Samoa für eine wesentliche Schädigung des berechtigten deutschen nationalen Selbstbewußtseins halten.

Bei der Abstimmung wurde diese Resolution sowohl von den Mitgliedern des Vereins für Colonialpolitik und Handelsgeographie, als auch von denen des 'Allg. Deutschen Verbandes' und von zahlreich anwesenden Gästen in gesonderter Abstimmung einstimmig angenommen.

Herr Professor Dr. Wislicenus forderte sodann die Gäste auf, sich in die unabweisenden Mitgliederlisten zahlreich einzutragen. Wenn wir eine Stärkung des Nationalbewußtseins, besonders nach außen hin, erreichen wollen, so wird es erforderlich sein, daß wir alle Kräfte aufbieten. Beifälligen können wir dieselben am besten in Vereinigungen. Noch ist nicht in alle Kreise das Gefühl gedrungen, daß es Jedes Pflicht sei, auch sein Ehrerfinden zur Erhöhung unseres Ansehens beizutragen. Aber steter Arbeit wird es gelingen, dieses Gefühl immer weiter zu verbreiten, so daß Jeder willig die geforderten geringen Opfer für die vaterländischen Vereinigungen bringe.

Nachdem noch der Vorsitzende mitgetheilt, daß Herr Dr. Köhler als Schriftführer an Stelle des nach Berlin vergezogenen Herrn Dr. Ley in den Vorstand des Vereins für Handelsgeographie und Colonialpolitik eingetreten sei, erlegte der Schluss der sichtlich ihre guten Früchte tragenden Versammlung.

Deutsches Reich.

Berlin, 25. Mai. Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, hat der Präsident des Berliner Kammergerichts an die ihm unterstellten Referendare, welche an außerordentlichen Universitäten (insbesondere in Leipzig und Heidelberg) ihr Doctorexamen gemacht haben, folgendes Ansuchen gerichtet: 'Sie wollen umgeben anzeigen, ob das Thema der von Ihnen gefertigten Doctordissertation mit dem der Referendararbeit übereinstimmt. Was diese Aufforderung für einen Zweck haben soll, ist uns vollkommen unverständlich. Will man etwa denjenigen, die das 'Thema' ihrer Referendararbeit gleichzeitig für die Doctorarbeit verwendet haben - ein Verbot, das ein außerordentliches Universitäten durchaus üblich ist und bisher unbeachtet war - den Doctorstitel entziehen? Oder sollen diejenigen, die sich auf diese Weise in dem wohlverworbenen Besitze des Doctorstitels befinden, gezwungen werden, noch eine andere Dissertation einzureichen, um auch in Preußen ihren Titel führen zu können? Der Herr Präsident des Berliner Kammergerichts scheint zu übersehen, daß sowohl in Leipzig als auch in Heidelberg und Jena u. s. f. w. neben der schriftlichen Arbeit ein mündliches Examen erforderlich ist, das oft schwerer ist, als die Referendararbeit an manchen preussischen Prüfungsstellen. Er scheint ferner den ganzen Charakter der Doctorpromotion zu verkennen, die als ein vornehmliches Zweck die öffentliche Feststellung eines gewissen Grades von Ausbildung durch eine wissenschaftliche Facultät hat, ohne daß es im geringsten darauf ankommen kann, ob der Doctorand die Mittel, durch welche die Facultät zur Erlangung einer staatlichen Würde oder eines staatlichen Amtes drängt hat.'

Berlin, 25. Mai. Die reichshauptstädtische Presse gelangt allgemach zu der Auffassung des Berliner Bierboycotts, die an dieser Stelle von Anbeginn vertreten worden ist. Sie erblickt jetzt mit uns in der an den Wählern der Wähler anknüpfenden Boycottierung einer großen Anzahl Brauereien den Versuch, dem Unternehmensgeist den Weltfrieden brandenweise aufzuspinnen und erkennt demgemäß das Interesse des ganzen Biergenusses an der Ausdehnung dieses übermächtigen Angriffes. Ein Mann nach dem anderen fängt sich dem Boycott als den Auslöser socialdemokratischer

Terrorisirungsmuth und fordert zur Unterstützung der zunächst Betroffenen auf. Die Urheber der Beraubungsträger tragen dieser Sinnlichkeit gegenüber eine erbeutete Gleichgültigkeit zur Schau. Der 'Vorwärts' bemerkt zu der Mahnung, den Brauereibesitzern überall, wo sich dazu Gelegenheit bietet, in ihrem Kampf gegen die Socialdemokratie beizustehen, diese Aufforderung keine 'praktisch doch nur bedeuten, daß das freisinnige Philisterrum nun das Bier wegzutrinken soll, an dem die socialdemokratischen Arbeiter den Geschmack verloren haben'. Ferner irrt Herr Bedncho. Das Biergenuss, denn dieses, nicht allein das 'freisinnige Philisterrum', ist herausgefordert, verführt über mehr als eine Abwehrwaffe. Die Unternehmer brauchen nur das Beispiel der Socialdemokratie zu befolgen, um eine sehr wirksame in die Hand zu bekommen. Die Socialdemokraten ohne Unterschied des Gewerbes haben sich durch den Bierboycott in den - übrigens so gut wie beilegelegten - Streit zwischen den Brauereibesitzern und einer geringen Anzahl von Arbeitnehmern gemischt. Die Arbeiter haben, als nur angegriffenen 'Class', um einen socialdemokratischen Ausdruck zu gebrauchen, gehörig, ein größeres Recht und haben vielleicht härteren Kausal, in dem durch die Boycottierung entstandenen Conflict zwischen den Socialdemokraten und den Brauereien das Beste zu thun. Wenn die socialdemokratischen Arbeiter, Schneider, Schloffer etc. ihr Solidaritätsgefühl betonen, in Rücksicht auf die Wähler den Abzug gewisser Brauereien zu verhindern, so braucht das Solidaritätsgefühl der Arbeiter aller Branchen nicht davon zurückzuweichen, auf die Leistungen eines angemessenen Theils ihrer socialdemokratischen Arbeiter im Interesse der boycottierten Brauereien zu verzichten. Was dem Einen Recht ist, ist dem Andern billig. Und was die Zweckmäßigkeit anbelangt, so sind wir nicht im Zweifel, daß die socialdemokratischen Arbeiter, welche den Boycott der Solidarität wegen mitbeschlossen haben, der Beraubungsträger eine neue Seite abgewinnen werden, sobald sich ihr Thun in einem entsprechenden Solidaritätsact der Unternehmer wieder spiegelt. Der 'Vorwärts' habe nun wohl ein, daß die Arbeiter in der jetzigen Phase des Kampfes gegen den Weltfrieden nicht ausschließlich darauf angewiesen sind, sich durch das Wegtrinken des boycottierten Bieres 'den Wagen zu verdecken'.

C. H. Berlin, 25. Mai. Wobin es führt, wenn die Unternehmer gewerblicher Betriebe vor socialdemokratischen Raubthieren zurückschrecken zu können, das zeigen jetzt deutlich die Zustände in derjenigen Brauerei, welche sich von den übrigen Brauereien in dem besprochenen Streite mit der Socialdemokratie getrennt hat. Bekanntlich hat das Münchener Brauhaus nicht nur den Wählergesellen den 1. Mai freigegeben, sondern auch die nachträglichen Forderungen derselben bewilligt. Auch hat diese Brauerei sich öffentlich erklärt, die Ausschaffung der boycottierten Brauereien zu betreiben, und sich dadurch zweiwels in den Augen der Socialdemokratie ein Verdienst erworben. Zum Dank dafür ist dem Director der Gesellschaft, Herrn Krüger, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, in folgender Weise mitgeteilt worden. Herr Krüger hatte eine Anzahl neuer Transportgefäße, um den erhöhten Anforderungen an seine Brauerei genügen zu können, bei einem hiesigen Wäckermeister bestellt. Dieser war in Folge des jetzigen Streites nicht im Stande, den Auftrag ohne anderweitige Hilfe schnell genug auszuführen, und ließ sich daher einen Theil der bestellten Gefäße von einem auswärtigen Kollegen kommen. Hierunter hatten die Wählergesellen in dem Münchener Brauhaus Kenntniss erhalten. Sie weigerten sich daher die Aufträge der Käufer, dieselben abzuladen, indem sie erklärten, daß sie von außerhalb bezogene Gefäße nicht verpacken würden, weil hier in Berlin eine große Zahl Wäckermeister brodeln sei. Herr Krüger konnte gegenüber dem souveränen Willen der Herren nichts anderes thun und mußte die Käufer nolens volens auf denselben Wagen, auf dem sie gekommen waren, zurückschicken. Ob Herr Krüger aus diesem 'Danke vom Hause Habsburg' etwas lernen wird?

Berlin, 24. Mai. In der französischen Presse herrscht wie an anderer Stelle schon geteilt erwähnt wurde, keine tiefe Erregung über den Vertrag zwischen England und dem Congostaat; der 'Temps' kennzeichnet ihn unumwunden als einen 'Erfolg' der französischen Colonialpolitik, der 'Figaro' wirft die Frage auf, ob Frankreich nicht besser wäre, das England frei mit Gebieten schalte, die Guyanen gehören, und in Centralafrika nach Willkür handle, und der 'Matin' schlägt einen drohenden Ton gegen den König der Belgier an, der die Neutralität des Congozustandes und das Verfassungsrecht Frankreichs verfolge habe, freist dessen jeder jeden ohne seine Zustimmung abgebrochenen Vertrag unzulässig erklären kann. Einem kaum minder peinlichen Eindruck als auf die Franzosen muß der Vertrag aber auch, das haben die 'Revue', 'N. R.' zutreffend hervor, auf die Anhänger einer vorwiegend und kraftvollen Colonialpolitik in Deutschland machen. Seinen Kernpunkt bildet die Bestimmung, wonach der Congozustand den Engländern einen 25 km breiten Gebietsstreifen zwischen dem Nordende des Tanganja und dem Südoende des Albert Edward-See in Pacht gibt. Damit ist die Umschlingung Deutsch-Ostafrikas, dessen einzige Landverbindung mit dem Congozustand abgebrochen wird, vollendet und der alte, mit jeder Beharrlichkeit verfolgte Plan einer ununterbrochenen Verbindungstraße zwischen den südafrikanischen Besitzungen Großbritanniens einerseits und seinem Colonial- und Intercontinental im Norden verknüpft. Der Verbindungsglied des Premierministers der Republic, Mr. Meyer, eine directe englische Telegraphenverbindung zwischen Kapstadt und Kigamburu, nähert sich nunmehr seiner Verwirklichung um einen beträchtlichen Schritt. England erhält durch die Abmachung mit dem Congozustand ein außerordentliches Uebergewicht, dessen Druck nicht allein die Franzosen, sondern nur zu bald und zu empfindlich auch wir in unserm Ostafrika spüren werden. Hätte Deutschland wirklich eine Colonialpolitik, und nicht nur eine Colonialverwaltung, dann hätte um der wichtigen, damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Interessen willen die Durchschneidung der schmalen Landbrücke zwischen unseren südafrikanischen Besitzungen und dem Congozustand, deren unausbleibliche Folge eine weitere Abkantung des afrikanischen Handels von unserem Gebiet sein muß, unter allen Umständen verhindert werden müssen. Es hätte sicherlich nur eines einzigen Willens von deutscher